



**Dirk Wiese, MdB**

**Büro Berlin**  
Platz der Republik 1; 11011 Berlin  
Tel.: 030-22 77 40 78; Fax: 030-22 77 60 80  
[Email: dirk.wiese@bundestag.de](mailto:dirk.wiese@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**  
Winziger Platz 12; 59872 Meschede  
Tel.: 0291-99 67 13; Fax: 0291-95 28 97 12  
[Email: dirk.wiese.ma02@bundestag.de](mailto:dirk.wiese.ma02@bundestag.de)  
Internet: [www.dirkwiese.de](http://www.dirkwiese.de)

Dirk Wiese MdB; Wahlkreisbüro Winziger Platz 12; 59872 Meschede

## PRESSEMITTEILUNG

Meschede, 29. September 2015

### **Bund entlastet Kommunen 2015 um weitere 216 Euro bei den Flüchtlingskosten**

Letzte Woche haben Bund und Länder zentrale Beschlüsse zur Asyl- und Flüchtlingspolitik gefasst. Unter anderem wurde vereinbart, dass der Bund seine Soforthilfe an die Kommunen für 2015 um eine weitere Milliarde aufstockt. **Von den 216 Millionen Euro, die nach Nordrhein-Westfalen fließen, erhalten die Städte und Gemeinden insgesamt einen Anteil von 3.836.119 Euro.** Dazu erklärt der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Dirk Wiese:

„Gute Nachrichten fürs Sauerland! Der Bund reagiert zeitnah und unbürokratisch auf die nach wie vor steigenden Zuwanderungszahlen, indem er seine Soforthilfen für 2015 verdoppelt. Ganz konkret bringt das eine Entlastung von **943.256 Euro für Arnsberg, 170.945 Euro für Bestwig, 391.804 Euro für Brilon, 136.630 Euro für Elshohe, 67.301 Euro für Hallenberg, 305.896 Euro für Marsberg, 120.727 Euro für Medebach, 462.547 Euro für Meschede, 226.118 Euro für Olsberg, 383.830 Euro für Schmallerberg, 430.571 Euro für Sundern und 196.494 Euro für Winterberg.**

Für noch wichtiger halte ich die Zusage einer dauerhaften, strukturellen und dynamischen Hilfe des Bundes ab 2016: Dann werden pro Flüchtling 670 Euro monatlich an Länder und Kommunen gezahlt. Dies habe ich zusammen mit meinen Kollegen der NRW-Landesgruppe seit vielen Monaten gefordert. Endlich hat jetzt auch der Koalitionspartner eingesehen, dass die Flüchtlingsunterbringung und -integration eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, bei der auch der Bund eine große Verantwortung trägt.

Die Beschlüsse vom letzten Donnerstag haben uns ein ganzes Stück vorangebracht. Dazu gehören unter anderem auch die Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau um 500 Millionen Euro, die Beschleunigung von Asylverfahren und der längere Verbleib in Erstaufnahmeeinrichtungen. Ich begrüße, dass es jetzt ein Ebenen übergreifendes Konzept zum Umgang und zur Integration von Flüchtlingen gibt.

Abschließend ist es mir wichtig zu betonen, dass trotz aller Herausforderungen das im Grundgesetz verankerte Asylrecht nicht angetastet werden darf und wird, solange die SPD Teil dieser Bundesregierung ist.“